

Zukunftslobby e.V.

PDF-Publikation Nr. 4

Diesen Text können Sie auf der Website www.zukunftslobby.de gegen eine freiwillige Spende in Höhe von 3,- Euro herunterladen. – Textumfang: 16 Seiten.



Wir bitten zu beachten: Der Text ist ausschließlich zur Argumentation in der öffentlichen Diskussion bestimmt. Er darf, ob ganz oder in Teilen, nicht für kommerzielle Zwecke oder zum persönlichen Vorteil genutzt werden. Seine Verbreitung ist unter Angabe der Quelle, gerne auch gegen eine Spende, ausdrücklich erlaubt. (Es gelten die Copyright-Bestimmungen von Zukunftslobby e. V.).

2010 - Wir müssen jetzt handeln

Unser derzeitiges Wirtschaftssystem ist ein beispielloser Akt des Selbstbetrugs und der Generalausbeutung der Zukunft. - Plädoyer für einen konsequenten Wechsel zu einer weltverträglichen Ökonomie.

(Eine Publikation von Zukunftslobby e.V. – Januar 2010)

Schon 1992 hieß es in einer Studie des Umwelt- und Prognoseinstituts Heidelberg: *"Die Belastung der Umwelt ist in unserer heutigen Art des Wirtschaftens für Verursacher weitgehend kostenfrei. Unser Wirtschaftssystem gründet jedoch auf dem Prinzip, dass etwas, das man benutzen will und das einem nicht gehört mit einem Preis zu bezahlen ist. Eine Benutzung ohne Bezahlung ist eine Ausnahme. Sie kommt nur vor in Form eines Geschenks oder von Diebstahl. Solange die natürlichen Ressourcen unerschöpflich schienen, und ihre Nutzung keine externen Kosten für andere verursachte, war es möglich, natürliche Ressourcen einfach als Geschenk zu betrachten. In der heutigen Situation, in der die Belastung der Umwelt jedoch andere und zukünftige Nutzungen ausschließt und zunehmende externe Kosten verursacht, entspricht diese unentgeltliche Inanspruchnahme nach den Prinzipien unseres Wirtschaftssystems genaugenommen Diebstahl."*

Eigentlich lehnen wir Diebstahl ab. Und doch sind wir alle mehr oder weniger Nutznießer einer eigentümlichen Form von Diebstahl, für die man gar nicht belangt werden kann, die völlig legal ist, weil es kein Gesetz dagegen gibt. Unser Wohlstand in seiner heute üblichen quantitativen und materiellen Art ist bei weitem kein selbst und ehrlich erarbeitetes Ergebnis. Im Prinzip zwingen wir sogar andere dazu, für uns zu arbeiten, was man durchaus als Sklaverei bezeichnen könnte.

Sind diese beiden Vorwürfe absurd? Sind in unserem gegenwärtigen Rechtssystem Diebstahl und Sklaverei nicht wirksam geächtet und werden scharf sanktioniert? - Was die Stellung der Einzelnen untereinander angeht, - vielleicht ja.

Doch wie ist es im Falle machthabender Bevölkerungsgruppen gegenüber schwächeren Bevölkerungsgruppen? Auch hier sollte das Rechtssystem greifen und die eine Gruppe vor möglichen Übergriffen der anderen schützen. Die Zustände in früheren Feudalzeiten mit rücksichtslosem Imperialismus und schlimmen Zuständen in den Kolonien der westlichen Staaten sind doch heute passé. Außenpolitisch, so sagt uns die Politik, gelten längst Standards mehrerer internationaler Konventionen, bestimmen Diplomatie, Anerkennung und Austausch große Teile weltweiter Beziehungen. Erst recht innenpolitisch, so meinen wir, schützt doch unsere Verfassung gerade auch die Rechte von Minderheiten.

Und doch gibt es von dem uns so Selbstverständlichen eine große Ausnahme. Eine ganz besondere, schwache Bevölkerungsgruppe ist zunehmend von jedem gerechten und moralischen Handeln ihr gegenüber ausgeschlossen. Diese Gruppe ist zahlenmäßig sogar allen anderen Gruppen weit

überlegen; was sie aber nicht davor bewahrt bestohlen, ausgebeutet und in ihren Lebensmöglichkeiten beschnitten zu werden, wie keine zweite Gruppe in der Menschheitsgeschichte zuvor.

Es ist auch keine anonyme Gruppe, etwa räumlich gesehen weit weg von uns oder von fremder Kultur. Im Gegenteil: Ihr Lebensraum ist mit dem von uns Gegenwartsmenschen identisch. Wir sind sogar direkt verwandt mit ihr, mit einigen ihrer Mitglieder, und nennen sie unsere Kinder und Kindeskinde oder auch unser eigen Fleisch und Blut.

Diese Angehörigen der nachfolgenden Generationen müssen einmal auf dem gleichen Planeten leben, auf welchem wir gerade dabei sind, alle Schätze und Werte zu verprassen und nur Schulden, Lasten und Zerstörung zurück zu lassen.

1. Vier Ebenen der Zukunftsbeeinträchtigung

1.1. Finanzielle Schäden

Die finanziellen Schäden unseres Handelns sind uns ja noch zum großen Teil bewusst.

Regierungspolitiker bedauern heute fast wöchentlich die finanzielle Bürde für die Zukunft, die mit der Aufnahme neuer Schulden einhergeht. Man dürfe die Belastung für die nachfolgenden Generationen nicht übertreiben, weil sie deren Handlungsspielraum gefährlich einschränke. Der Regierungsparlamentarier warnt sorgenvoll davor und tut es trotzdem, weil die gegenwärtige, besondere Krisensituation danach verlange. Nur mit neuen Subventionen und Investitionen käme man da wieder heraus. Oppositionspolitiker können dies nicht einmal mehr glaubwürdig kritisieren, weil sie mangels wirksamer ökonomischer Strategien mit abgewandelten Begründungen ebenso handeln würden. Alle sind gegen Neuverschuldung, und alle, ob Rot-Grün, Schwarz-Rot und nun Schwarz-Gelb, halten sie für unverzichtbar.

Objektiv betrachtet ist Neuverschuldung schon seit Jahrzehnten eine Finanzierungsart, ohne die unser geltendes Wirtschaftssystem gar nicht betrieben werden könnte. Anlässlich der Finanzmarktkrise 2008/2009 wird dieses Instrument nur weiter auf die Spitze getrieben.

Welche anderen mehr subtileren Möglichkeiten es neben der direkten Verschuldung zur Vernichtung finanziellen Kapitals noch gibt, haben die Weltbürger in den letzten 20 Monaten erfahren können. Auch diese Verirrungen der globalen Geldwirtschaft wirken in die Zukunft und bescheren den nachfolgenden Generationen einen mindestens ebenso drastischen finanziellen Schaden, wie mit der Zinslast aus Verschuldung erster Kategorie.

In Deutschlands ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die jährlichen Zinszahlungen den Sozialetat überholen und an die erste Stelle der Staatsausgaben rücken. Es könnte gar dazu kommen, dass unsere Nachkommen von jedem erwirtschafteten Betrag die Hälfte sofort verlieren, noch bevor irgendeine Steuer oder Abgabe bezahlt wurde und ohne auch nur einen Cent der Schuldensumme getilgt zu haben.

Neben der finanziellen Verschuldung in Billionenhöhe verursacht unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem noch andere gewaltige Schadkosten, welche unseren Nachkommen ebenfalls arg zu schaffen machen werden.

1.2. Ökologische Schäden

Wenn auch die ökologischen Schadkosten zunehmend lauter thematisiert werden, steht ihnen doch die faktische Handlungsunfähigkeit der Parlamentarier gegenüber.

Verlautbarungen, Versprechungen, Tröpfchen auf heiße Steine, Fassadenreformen und Ablehnung von Alleingängen; der Klimagipfel in Kopenhagen im letzten Monat war nur ein weiterer Beweis für den Unwillen der Verantwortlichen, die Belastung der Zukunft zu beenden.

Anders als bei der finanziellen Verschuldung sind bezüglich der ökologischen Verschuldung aussagekräftige Zahlen zur Gesamtproblematik selten. Die Klimaveränderung als Resultat unserer Art zu wirtschaften ist ja nur eines von vielen Problemen für die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen, die alle auf ihre eigene Weise fatal wirken und Möglichkeiten in der Zukunft beschneiden, erschweren oder vereiteln.

Man muss schon länger zurückliegende Studien aus den 1990er Jahren hochrechnen, wenn man eine

ungefähre Summe nennen will. Demnach sollten wir davon ausgehen, dass allein in Deutschland in jedem Jahr ökologische Schadkosten in Höhe von mindestens 400 Milliarden Euro verursacht werden, unvorstellbare Bürden also, die von den Menschen in der nahen oder fernen Zukunft in irgendeiner Art und Weise verkraftet, erlitten oder bezahlt werden müssen.

1.3. Politische Schäden

Als politische Schadkosten der Ökonomie müssen alle innen- oder außenpolitischen Veränderungen begriffen werden, die im weitesten Sinne von dieser Ökonomie oder für diese verursacht wurden und der gewohnten Normalität und Stabilität im Inland abträglich oder gefährlich werden können. Innenpolitisch zerfällt Stabilität hauptsächlich durch die Folgen der Arbeitslosigkeit wie durch das Abheben politischer und wirtschaftlicher Eliten weg vom nachvollziehbaren Maß. Die Zahl der Menschen, die nichts mehr zu verlieren haben oder dies zumindest glauben, wächst beständig an. Andere Menschen, deren Alltag von außen betrachtet noch normal zu sein scheint, leiden auf andere Weise, und auch bei ihnen entwickelt sich eine tiefe Abneigung gegenüber allen übergeordneten Institutionen. Es wächst hier eine kritische Masse heran, die nur darauf wartet, sich entladen zu können.

Außenpolitische Stabilität geht den westlichen Staaten in erster Linie durch die Folgen ihres globalen Interventionismus verloren. Dieser war und ist stets ökonomisch legitimiert. Der frühere Kolonialismus europäischer Staaten hinterließ der Welt tiefe Wunden, die bis heute nicht zuheilen wollen. Als Afrika und Asien in die Unabhängigkeit entlassen wurden, zogen die Kolonialisten als letzte Tat willkürlich Grenzen und formten neue Staaten. Gewachsene Lebensräume unterschiedlicher Volksgruppen wurden ignoriert und völlig unverträgliche Stämme und Ethnien unter eine Regierung gezwungen. Hierin liegt bis heute der Hauptgrund für gärende Spannungen und Bürgerkriege mitsamt aller Folgen und Wirkungen auf die übrige Welt.

Heutzutage hat der Kolonialismus reicher Länder in der dritten Welt ein anderes Gesicht angenommen. Er kommt sehr viel subtiler und diplomatischer und unter Vorzeichen wie Zusammenarbeit und wechselseitigem Handel daher. Die ärmeren Länder der Welt werden hauptsächlich zur Sicherung des unverzichtbaren Nachschubs an Energieträgern und Rohstoffen gebraucht und als Absatzmarkt für westliche Waren oder als Müllkippe für die giftigsten unserer Abfälle missbraucht. Auch entsprechend unkomplizierte Regierungen dort zu installieren und an der Macht zu halten wird praktiziert.

Europäische und amerikanische Exportsubventionen verzerren die Bedingungen der Binnenmärkte in den so genannten Entwicklungsländern. Westliche Anbautechniken verdrängen die traditionellen Methoden und Pflanzen und machen von der Produktpalette der Weltagrarindustrie abhängig. Bis heute konnte deshalb in den meisten ärmeren Ländern keine regional angepasste, autarke und nachhaltige Versorgung mit Lebensmitteln aufgebaut werden. Mittlerweile zerstört der Klimawandel, verursacht von den Industriestaaten, auch immer mehr klimatische Voraussetzungen, um Landwirtschaft überhaupt noch betreiben zu können. In den meisten Küstengewässern ärmerer Staaten haben hochtechnisierte Fangflotten aus Industrieländern die dortigen Fischereibestände leergeräumt und die Nahrungsmittelversorgung vor Ort zerstört.

Jahrzehntelang haben die Industriestaaten sich eingemischt, haben Weltregionen ausgebeutet, die Bevölkerung dort vernachlässigt und ihre Tradition missachtet oder ihr eine fremde und dekadente Konsumkultur übergestülpt, haben mancherorts, sofern dies nützlich war, auch ein Bürgerkriegsklima am Köcheln gehalten und das Entstehen einer nach demokratischem Verständnis akzeptablen und eigenständigen Zivilgesellschaft verhindert.

Die Folgen letztlich sind der islamistische Terrorismus, die Piraterie in nunmehr vier Regionen der Weltmeere, mafiöse Großstrukturen mit weltweiter Bedeutung und nicht zuletzt das unablässige Anschwellen globaler Flüchtlingsströme. All dies wird die Volkswirtschaften der Industriestaaten, die bis heute nicht bereit sind, die Welt in ihrer Gesamtheit wahr zu nehmen, mit immer höheren Kosten belasten.

1.4. Soziale Schäden

Soziale Schadkosten, ein weiterer Kostenblock, sind die Folgen von Veränderungen und Anpassungen innerhalb der Gesellschaft und ihrer Struktur an Sachzwänge und andere Vorgaben des herrschenden ökonomischen Ideals, die dann über Mehraufwendungen im Sozialsystem aufgefangen werden

müssen.

Am bedeutendsten ist hier sicherlich die hohe Arbeitslosigkeit, aus welcher wiederum andere Schadkosten, etwa auch innenpolitische entstehen. Die Massenarbeitslosigkeit ist im Prinzip in den letzten Jahrzehnten nur deshalb entstanden, weil es nie einen fairen Wettbewerb zwischen der menschlichen Arbeitskraft und ihrem direkten Konkurrenten, der technischen Arbeitskraft gab. Technische Arbeitskraft muss hier im weitesten Sinne begriffen werden, also nicht nur als der direkte Ersatz eines Menschen durch eine Maschine etwa, sondern als Gesamtheit sämtlicher Möglichkeiten, um menschliches Zutun zur Produktion zu erübrigen oder zu verlagern oder um Produktionsweisen und Dienstleistungen, in welchen sich der Mensch nicht erübrigen lässt, gleich ganz zu erübrigen und zu unterdrücken. Nicht zuletzt hilft technische Arbeitsenergie entscheidend dabei, den Ressourceneinsatz erhöhen zu können und Grundstoff-, Zwischenprodukt- und Warentransporte über sehr weite Strecken aus Abbaugebieten und Minimallohnländern zu bewerkstelligen und rentabel zu machen.

Der Preis der menschlichen Arbeitskraft wurde dagegen mit Nebenkosten überfrachtet, während die technische Arbeitskraft durch immer neue Möglichkeiten zur Externalisierung, hauptsächlich ökologischer Schadkosten auf die Allgemeinheit, immer stärker subventioniert und künstlich verbilligt wurde. Die zwangsläufigen Folgen, etwa Marginalisierung und Entwertung regionaler Produktion, Ausdünnung der Berufsvielfalt und dezentraler Möglichkeiten in Handwerk und Kleindienstleistung, Durchmechanisierung sämtlicher Gewerke, Produktionsverlagerungen ins Ausland, Unternehmensvernichtungen durch bedenkenlose Zulassung transportlastiger, importierter Billigprodukte übelster Qualität und Ökobilanz, usw., haben die Arbeitsplatzstruktur und ihre ehemalige Vielfalt radikal verändert. Entgegen geschöner Statistiken verschwinden in Deutschland sinnvolle, dauerhafte und ernährende Arbeitsplätze immer weiter. Neuerlich schwinden dazu auch beunruhigend stark die finanziellen Voraussetzungen für Berufe in Kultur und Geisteswissenschaft, aber auch in der Bildung. Solche wären als Lichtblick des Alltags neben sturem produzieren und konsumieren für die Gesellschaft besonders wichtig. Doch nun scheinen sie zunehmend leeren Kassen zum Opfer zu fallen, einem anderen Ergebnis früherer Schadkostenexternalisierung. Ferner entstehen soziale Schadkosten durch Vernachlässigung und Ausschluss von nicht ins ökonomische System integrierbarer Mitbürger. Deren Arbeitsfeld aus einfachen, wenig qualifizierten Tätigkeiten wurde besonders radikal dezimiert. Jede echte Chance zur Teilnahme wird ihnen verwehrt, und man beschränkt sich auf die Grundsubventionierung ihres Lebens bis zum Tode.

1.4.1 - Das Gesundheitssystem als Teil des Sozialbereichs wird hauptsächlich durch ernährungsbedingte Krankheiten, Krankheiten in Form psychischer Störungen und Krankheiten in folge des Mangels artgerechter Bewegungsabläufe der Spezies Mensch belastet. Diese Krankheiten stehen in direktem Zusammenhang mit den Idealen und Zwängen der ökonomischen Ordnung, welche die Zivilisation prägen.

Der so genannte Wohlstand meint mit wenigen Ausnahmen die Mehrung von Quantität und Bequemlichkeit, im Ergebnis viel zu oft also physische Deformierung. Hinter den Begriffen Wettbewerb und Flexibilität steht als eigentlicher Sinn ein solcher um möglichst weitgehende Verleugnung menschlicher Notwendigkeiten und um Unterwerfung unter das Diktat des Marktes. Jeder noch so kleine Freiraum des individuellen Daseins wird abgeschafft oder das Individuum wird dazu gebracht, ihn selbst abzuschaffen. Heilmethoden gegenüber Krankheiten werden nicht ganzheitlich, zwischenmenschlich, individuell und übermateriell orientiert, sondern in erster Linie wirtschaftlich über Produkte der Pharmaindustrie und im Hinblick auf der Behandlung von Symptomen.

1.4.2 - Und wo soll man die Schäden einordnen, die ein auf scheinbare ökonomische Notwendigkeiten ausgerichtetes Bildungssystem an den jungen Staatsbürgern anrichtet? Zuhause wird ihnen die Erziehung des Charakters, hin zu bewährten gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Idealen, von den Eltern zunehmend vorenthalten. Die Erziehungsberechtigten beschäftigen sich oft lieber mit Konsum und Karriere, oder müssen sich mit einem Mangel, mit der Not fehlender Arbeit oder anderen Problemen befassen. In der Schule wird die kindliche Persönlichkeit zu oft beschämt und ein Gefühl von heillosem Ausgeliefertsein vermittelt. Die individuellen Stärken, welche nicht in den Unterrichtsplan passen, fallen unbeachtet unter den Tisch. So bereitet das Bildungssystem die jungen Staatsbürger lediglich auf ein trostloses Dasein als Rädchen im gnadenlosen ökonomischen

Gesamtgefüge vor. In dieser Zeit wird den meisten die Lust auf Bildung gründlich verleidet. Diejenigen, die das noch einigermaßen überstehen, werden schließlich auf der Hochschule, Stichwort „Bolognareform“, von planwirtschaftlichen Wettbewerbsphantasien der Kultusbürokratie eingeholt und zum Aufgeben oder oft auch zum Therapeuten getrieben. Dieser Wahnsinn wird sich in der Zukunft unserer Gesellschaft, wenn die jungen Leute anwenden sollen, was ihnen vermittelt wurde, ebenfalls noch katastrophal auswirken.

2. Der Niedergang besitzt eine Systematik

Eigentlich lassen sich, wie oben angesprochen, die unzähligen Praktiken zur Schadkostenexternalisierung in der westlichen Ökonomie nur sehr schlecht als eindeutig solche ökologischer, finanzieller, politischer oder sozialer Art identifizieren und bezeichnen. Immer bestehen die verursachten Folgen unseres Tuns mehr oder weniger aus allen diesen Komponenten. Meist ist alles subtil miteinander verflochten, eins bedingt das andere oder geht nahtlos in dieses über. Ebenso wirken Schäden durch Externalisierung nicht allein statisch, sondern verändern sich und müssen in mehreren Ebenen betrachtet werden, in zeitlichen Ebenen, in gesellschaftlichen, in regionalen oder anderen. Ein zunächst eher ökologischer Schaden kann in einen hauptsächlich sozialen münden, oder gar in einen politischen, wie etwa bei der Arbeitslosigkeit. Auch die Position, von der heraus man eine Externalisierungsfolge charakterisieren will, bestimmt den einen oder den anderen Schwerpunkt. So subtil es in der Realität auch sein kann, mit dieser Art der Betrachtung lässt sich jedoch recht anschaulich eine Systematik verdeutlichen, mit der nahezu alle negativen Auswirkungen der kapitalistischen Ökonomie erfasst und beschrieben, wie Wirkungsketten untersucht werden können. Wir bekommen eine Erklärung dafür, wie die übermächtige Dynamik funktioniert, die vom gegenwärtig geltenden Wirtschaftssystem ausgeht und umfassende Zerstörungen der menschlichen und gesellschaftlichen Lebensgrundlagen bewirkt.

Wer meint, es sei unfair, jegliches der anhaltenden Probleme allein der westlichen Wirtschaftsordnung anzulasten, der sei hier eingeladen, einige der vielen Indizien doch unvoreingenommen zu betrachten. Die vermeintlichen Vorteile und Errungenschaften strahlen hell in ihrer Kurzfristigkeit, während die ebenso verursachten Nachteile sich erst langsam manifestieren, um dann mit Macht den Vorteil aufzuheben.

Die westliche Wirtschaftsordnung, welche mittlerweile ja die der ganzen Welt ist, nimmt sich jeden Details der menschlichen und globalen Realität an, um das verwertbare auszuquetschen und den Rest fallen zu lassen. Wer nicht bereit ist, die Ereignisse im vollständigen, wenn auch ungewohnten Zusammenhang zu sehen, handelt fahrlässig und vor allem gesamtökonomisch äußerst unklug.

3. Wir Täter

Wenn wir aber von Diebstahl, ja von einem Verbrechen sprechen, welches geschieht, sollten wir auch die Täter beleuchten. Täter sind mehr oder weniger wir alle, wir Gegenwartsmenschen und zumindest einige Generationen vor uns. Kurzfristig profitieren wir alle in irgendeiner Weise aus der alltäglichen Auslagerung von Schadkosten aus unserem Verantwortungsbereich.

Ob wir nun reine Konsumenten sind, die über die vermeintlich notwendigen Dinge des Alltags hinaus auf viele modische Dinge, maximale Bequemlichkeit oder Spaß und Ablenkung aus sind, ob wir Unternehmer sind, deren Interesse in größtmöglichem Profit, in Wettbewerbsfähigkeit und Erfinden ständig neuer Produkte für die Konsumenten liegt, ob wir studierte Ökonomen und für die theoretischen Grundlagen zuständig sind oder ob wir Parlamentarier sind, die wirtschaftliches Geschehen in Gesetzen regeln und in verfassungsrechtliche Vorgaben einbetten sollen: Wir alle sind Täter, sind Chancen- und Ressourcenräuber und Zerstörer jeglicher Normalität gegenüber den nachfolgenden Generationen.

3.1. Durchschnittsbürger

Sicherlich, es gibt auch große Unterschiede, wie beispielweise zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Durchschnittskonsumenten. Der amerikanische, mit seinen beispielsweise verursachten 20 Tonnen CO₂ jährlich, belastet den Planeten fast doppelt so stark. Doch auch wir liegen auf einem katastrophal hohen Niveau.

Betrachtet man eine Messmethode für individuelles Umweltverhalten, den „Ökologischen

Fußabdruck“, so müssten zur Befriedigung des durchschnittlichen Konsumverhaltens in Deutschland hochgerechnet auf die Welt schon 3 Exemplare unseres Planeten Erde zur Verfügung stehen. Dabei ist der Ökologische Fußabdruck nur ein sehr eingeschränktes Instrument mit ungenügender Aussagekraft. Würde man ihn auf das komplette ökologische Verhalten, auf die umweltpolitische Gesamtbilanz eines Durchschnittskonsumenten erweitern können, bliebe wohl sehr viel weniger als ein Drittel des heute Gewohnten als nachhaltig vertretbare Konsumintensität übrig.

Will man hier gar zu Ende denken, wären dem Staatsbürger neben diesem ökologischen Rucksack, zu begreifen gewissermaßen als Sammelgefäß für sämtliche ökologischen Rucksäcke aller von ihm konsumierten Produkte und Dienstleistungen, auch noch ein sozialetischer Ranzen, ein finanzieller Schuldenbeutel, ein zukunfts politischer Ereigniskoffer und allerlei sonstige gesellschaftsthematische Umhängetaschen und Mäppchen auf den Rücken zu schnallen. Müsste er alle Folgen seiner individuellen Lebensführung, also seiner frei gewählten Persönlichkeitsentfaltung (GG, Art 2, Abs.1), alle verursachten Einschränkungen für die später lebenden Menschengenerationen fortan selbst tragen, - ja, der Musterkonsument würde sofort zusammenbrechen.

Stattdessen ist er „wünschenswerter“ Staatsbürger, da er die Konjunktur ankurbelt. Er fährt Autos mit großvolumigen Motoren, verursacht munter Tonnen von Müll, begreift Urlaub als physische Verbringung seiner selbst in entfernte Regionen, wo seine Anwesenheit oft unverträglich ist, betreibt ganztägig die automatische Kaffeemaschine, braucht monatlich neue Kleidung, duscht zweimal täglich warm und heizt viele Quadratmeter schlecht gedämmter Wohnfläche, konsumiert zahlreiche Dinge zur kurzen Befriedigung und stimmt, wenn überhaupt, am Wahltag für den, der ihm weiterhin Kuchen und Spiele verspricht.

Die Feststellung, er müsse mittels radikaler Änderung seiner Gewohnheiten die Last mindestens auf ein Zehntel reduzieren, um seine Nachkommen vielleicht nicht mehr zu belasten, löst nur Verwunderung und Kopfschütteln bei ihm aus. Er und seinesgleichen zeigen in ökologischer Hinsicht, dass der Ausdruck „Auf großem Fuße leben“ eine ganz neue zukunftsrelevante Bedeutung, ja eine Negativwertigkeit bekommen hat.

Andere Bürger in Deutschland, deren ökologischer Fußabdruck schon jetzt nur gering über dem Faktor 1 liegt, und dies nicht aus Mangel an finanziellen Möglichkeiten, sondern weil sie dies aus Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen so wählen, sind innerhalb der ökonomischen Ordnung genaugenommen Störenfriede, die nichts zum Wachstum beitragen wollen, - welch ein Paradoxon, ja, welch ein Drama!

3.2. Unternehmer

Auch die Unternehmer in den Industriestaaten können sich immer noch in einer völlig verfehlten Wertigkeit ihrer Geschäftigkeit bewegen. Wieder und wieder werden die erfolgreichsten unter ihnen als Leistungsträger der Gesellschaft bezeichnet und nicht nur von den konservativen Parteien entsprechend hofiert. Betrachtet man aber ihre Bilanzen, nicht nur nach Kriterien der geltenden Ökonomie, sondern umfassend, so sind diese „Leistungsträger“ eigentlich nichts anderes als Leute, die am geschicktesten und umfassendsten die verschiedensten Möglichkeiten zur Schadkostenexternalisierung als Gewinnmaximierungsmaßnahme zu nutzen verstehen. Wer die Verantwortung für den größten Teil seiner Produktionskosten und –folgen ganz legal auf Dritte abwälzen kann, ist natürlich gut befähigt, günstige Angebote und hohe Gewinne zu machen.

Umgekehrt kann im derzeitigen zukunftsprospektivisch absurd verzerrten Wettbewerb kein Unternehmer hochkommen, der ohne Schadkostenexternalisierung produzieren möchte. Die geltenden falschen Prioritäten und Sachzwänge im globalen Wettbewerb würden ihn in den Ruin zwingen. So können diejenigen Leistungsträger, die diesen Titel gesamtgesellschaftlich gesehen tatsächlich verdienen würden, gegenwärtig gar nicht in Erscheinung treten, - noch ein Paradoxon. Wir sollten davon ausgehen, dass diese falschen Wertigkeiten auch vielen Managern bewusst sind. Wenn sie aber nicht unter den herrschenden Rahmenbedingungen ihren Job machen, werden sie entlassen.

3.3. Wirtschaftswissenschaftler

Die Wirtschaftswissenschaft in den Industriestaaten ist ein Phänomen für sich. Ihre führenden Köpfe, zumindest solche, die mit ihren Statements regelmäßig ans Ohr der Öffentlichkeit dringen, sind zwar für Voraussagen der wirtschaftlichen Entwicklung zuständig, aber, über die Jahre beobachtet, hierzu

eigentlich gar nicht fähig. Auch erwecken sie lediglich den Eindruck, als könnten sie wirtschaftspolitische Empfehlungen abgeben. Ganz unabhängig von der völligen Neuartigkeit der nationalen und globalen Krisensituation, die eigentlich nach intelligentem und undogmatischem Vorgehen verlangt, liefern die Experten immer nur die alten ideologischen Rezepte ab. In der Öffentlichkeit hält sich hartnäckig die Ansicht, mittels eines Diskurses zwischen eher liberalistisch denkenden Ökonomen einerseits und einer mehr sozialdemokratisch und gewerkschaftlich orientierten Gruppe andererseits, wäre das Spektrum der wirtschaftswissenschaftlichen Denkmöglichkeiten abgedeckt. Die bekannten Köpfe jedoch sind allesamt nur Anhänger der herrschenden Ökonomie, ob angebots- oder nachfrageorientiert, ob eher rechts oder eher links.

Wer von ihnen beachtet denn in seinen Ausführungen Schadensverursachungen und Schadenkostenabwälzungen auf die Allgemeinheit als langfristig alles entscheidende Faktoren? Jedes ökonomische Ideengebäude, das diese Phänomene nicht an erster Stelle berücksichtigt, muss in sich zusammenfallen muss wie ein Haus ohne Fundament.

Der Externalisierungseffekt ist studierten Ökonomen auch nicht neu. Schon vor 90 Jahren hat der britische Volkswirtschaftler Arthur Cecil Pigou die möglichen Auswirkungen erstmals beschrieben. Die Auseinandersetzung mit dem Thema stört jedoch die Schlüssigkeit der liberalistischen Idee und wird heute gerne vermieden.

Ab und zu kommt auch die Behauptung auf den Tisch, die nachfolgenden Generationen würden außer Schäden ja auch wertvolle Errungenschaften von uns erben. Erstens lassen solche Phantasien die wahren Dimensionen außer Acht, und zweitens gehört schon sehr viel Ignoranz dazu anzunehmen, dass die nachfolgenden Generationen mit heutiger Technik und heutigen Anlagen und Strukturen, die nur mit maximalen Externalisierungsgewinnen denkbar sind, irgend etwas dauerhaft anfangen könnten. Wenn auch nicht das Rad, so müssen sie doch auf den meisten Gebieten weitgehend neu erfinden, wovon wir uns gedrückt haben.

3.4. Politiker

Die Politiker schließlich, die eigentlich für ein nachhaltiges Funktionieren unseres Gesellschaftssystem sorgen sollen, klammern sich gebetsmühlenhaft und parteiübergreifend ebenfalls an die dominante Ideologie vom quantitativen Wirtschaftswachstum. Auch angesichts der momentanen hauptsächlich finanziellen Vorkrise werden sie nicht müde, öffentlich immer wieder die Theorie vom Segen des Wachstums zu beschwören. Nur durch neues Wirtschaftswachstum, so meinen sie, bekäme der Staat wieder Einnahmen, könne neu investieren, gegen die Krise handeln, Klimaschutz finanzieren, Schulden zurück zahlen und allen anderen so genannten „Herausforderungen“ begegnen. Nur mit neuem Wachstum könnten neue Arbeitsplätze entstehen und gesunde Betriebe weiter bestehen, könnten sozial Schwache unterstützt, könnte in erneuerbare Energien investiert werden, könnte die Globalisierung für uns nützlich sein, der internationale Wettbewerb segensreich, usw., usf.

Doch, stimmt diese veraltete Formel denn noch? Immerhin wird in der Öffentlichkeit seit einiger Zeit über den Sinn und Unsinn dieses goldenen Kalbs Wirtschaftswachstum diskutiert. Wenn die Finanzmarktkrise und die Klimakrise auch wenig Gutes gebracht haben, dann immerhin diese Diskussion. Allerdings wird sie noch viel zu zaghaft und unvollständig geführt, und von Politikern in Spitzenpositionen, allesamt Wachstumsanhänger, bewusst ausgeblendet.

4. Über Umweltpolitik

Seit die Umweltpolitik erfunden wurde und mittlerweile mehr oder weniger Bestandteil aller Parteiprogramme ist, meinen weite Teile der Öffentlichkeit, man habe damit ein Instrumentarium zum Schutz der Umwelt begründet.

Als Umweltpolitik gilt, wenn weniger umweltfeindliche Formen der Energieerzeugung subventioniert werden, statt ganzheitlich nachhaltige Lösungen über einen fairen Wettbewerb entstehen zu lassen, wenn wir biologische Ersatztreibstoffe zum Preis von Urwaldvernichtung und Nahrungsknappheit in Übersee kaufen, wenn im Supermarkt biologisch erzeugtes Obst und Gemüse aus Spanien oder auch Neuseeland im Regal steht, wenn Abfallrecycling propagiert und Abfallvermeidung zum Wohle der Entsorgungsindustrie vermieden wird, wenn der Volksfuhrpark eins zu eins durch sparsamere Autos ersetzt wird, statt nach dem richtigen Transportmittel und Überflüssigmachung von Fahrbedarf zu

fragen, wenn Rechte zur Belastung der Atmosphäre mit klimawirksamen Gasen erfunden und mit Papieren gehandelt werden, wenn man für Flugreisen einen CO₂-Ausgleich kaufen kann, wenn simple, ungefährliche Glühbirnen verboten und durch hochgiftige Hightechprodukte ersetzt werden, deren umweltrelevante Summenbilanz nicht weniger groß, nur anders zusammengesetzt ist, usw.

Umweltpolitik kommt meist eifrig daher, verhandelt und beschließt mit rhetorischem Getöse teure umweltpolitische Reformen, die dann aber als Tropfen auf heiße Steine oder Seifenblasen, als Sackgassen oder als permanent pflegebedürftige Regulierungen enden.

Bei der Umweltpolitik hat man oft den Eindruck, sie solle vor allem besorgte Bürger besänftigen, Umweltgruppen und Wissenschaftler in Schach halten und das Wirtschaftswachstum nicht behindern. Umweltpolitik sichert, um es drastisch auszudrücken, den Fortbestand der Strukturen des fundamental unnachhaltigen ökonomischen Grundsystems und erschließt diesem neue Einnahmequellen.

Umweltpolitik jedoch, wenn sie wirklich nachhaltig sein soll, kann nicht nachrangig oder verschiebend wirken, darf nicht ausschließlich in den Händen von Parteipolitikern liegen, muss ohne Subventionen auskommen, ohne Ausgleichsmaßnahmen, ohne Selbstverpflichtungen für Interessengruppen und muss, weil eine intakte Umwelt die Grundlage von allem anderen ist, den absolut obersten Rang bekommen.

Umweltpolitik bewahrt die natürlichen Lebensgrundlagen unseren Nachkommen nur, wenn sie alles potentiell schädliche von vorneherein unterbindet; - und dies lässt sich nur über den Markt auf demokratisch akzeptable Weise regeln.

Die weit verbreitete Annahme, wirksamer Umweltschutz, bzw. umweltfreundlicheres Verhalten sei für den einzelnen Staatsbürger teuer, ist objektiv falsch und gilt nur innerhalb des gegenwärtigen umweltfeindlichen Wirtschaftssystems. Ein Verhalten, welches der Gesamtgesellschaft jetzt und in der Zukunft die wenigsten Schäden und Folgekosten beschert, kann gar nicht teuer sein, es sei denn, Dritte wollen dabei noch abkassieren und halten die grundlegenden Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen entsprechend verzerrt.

Heutzutage sind konventionelle Produkte und Dienstleistungen sowie sonstige Komponenten des gewohnten Wirtschaftens allein nur deshalb billiger als die schonenderen Alternativen, weil die durch sie verursachten Schäden sich nicht in ihren Preisen widerspiegeln.

Letztendlich kommen wir zur einzig logischen Folgerung, dass was umfassend betrachtet die Gesellschaft am wenigsten belastet, unter fairen Bedingungen auch am wenigsten teuer und somit auch für die Ärmsten bezahlbar sein würde. Ja, echte Umweltpolitik kostete die Gesellschaft eigentlich keinen Cent, sondern würde direkte und indirekte Kosten in Billionenhöhe ersparen.

5. Abschied nehmen von alten Lebenslügen

Ein Ausweg aus der hoffnungslosen Situation, aus diesem unreformierbaren Wirtschaftssystem kann nur gefunden werden, wenn wir uns von etlichen Lebenslügen verabschieden, die nur unter Geltung der gegenwärtigen ökonomischen Rahmenbedingungen als bare Münze gelten.

5.1. Schulden im derzeitigen System nicht abbaubar

Es ist völlig unrealistisch, dass der in jedem Jahr höhere Schuldenberg des Staates jemals zurückgezahlt werden kann, weil angeblich eine Verbesserung der konjunkturellen Situation irgendwann dazu befähige. Der Bundesfinanzminister begründet die nun geplante Rekordverschuldung für 2010 in Höhe von rund 100 Milliarden Euro ausschließlich damit, dass alle Experten dazu geraten hätten, jetzt nicht zu sparen, sondern durch neue Gelder die Krise zu bekämpfen. Wieder einmal hört man nach gewohnter politischer Tradition nur solche Experten, welche die Grenzen des bestehenden Systems gedanklich nicht überwinden können.

Außerdem: Auch wenn man innerhalb der Grenzen der Wachstumsideologie bleibt und externalisierte Schäden ausblendet, ist es mehr als kühn, an eine derart starke Erholung verbunden mit saftigen Einnahmen für den Staat über einen längeren Zeitraum hinweg zu glauben, selbst wenn man hier nur die Tilgung der Neuschulden aus einem einzigen schlechten Haushaltsjahr als Ziel vorgibt. Soll hier vielleicht nur die blanke Ratlosigkeit des Ministers und seiner Experten überdeckt werden?

Leider lässt sich das potenzielle Verhängnis vor den meisten Wählern einigermaßen verbergen. Kein Niedergang verläuft geradlinig, sondern eher als Eins-vor-und-zwei-zurück. In gewohnter Art und

Weise werden Politiker, Ökonomen und Wirtschaftsverbände den mit viel Phantasie, kühnen Ausblendungen und statistischer Raffinesse ermittelten ersten Schritt nach vorne als Bestätigung der geltenden Art zu wirtschaften interpretieren, um dann die beiden Schritte rückwärts der globalen Konjunktur, der Vorgängerregierung, höherer Gewalt oder wem auch immer anzulasten. Dieser Leichtsinn holt die Weltgesellschaft in immer kürzeren Abständen ein. Die gegenwärtige Finanzmarktkrise, addiert auf die schon länger anwachsende Finanzkrise öffentlicher Institutionen, wird in die nächste Etappe münden, etwa in eine Wirtschaftskrise, eine Exportmarktkrise, eine neue Arbeitsmarktkrise oder in den Bankrott. Doch auch nach diesem finanziellen GAU wird es nicht aufhören. Es werden große ökologische, soziale und politische Krisen dazu kommen. Eine Krise muss in die nächste münden, und so wird die Menschheit nach dem Industriezeitalter als letztendliche Quittung das Krisenzeitalter von weit mehr als nur sieben mageren Jahren bekommen.

5.2. Klimapolitik untauglich

Der letzte öffentlich gewordene Offenbarungseid der Politik gegenüber ihren Aufgaben, die Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen, liegt noch nicht lange zurück. Von einem Scheitern sollte man nicht reden, sondern besser von einer Klärung der internationalen Nichtbereitschaft, noch retten zu wollen, was noch zu retten wäre.

Darüber hinaus: Wer glaubt denn noch, dass Klimaschutzpolitik, so wie die Staaten sie derzeit betreiben oder betreiben wollen, irgend einen Erfolg oder relevanten Schutz bringen würde.

Erstens ist das 2-Grad-Ziel, die wichtigste Grundlage der Verhandlungen in Kopenhagen, völlig willkürlich festgesetzt worden. Man hat den Eindruck, es richte sich nach der CO₂-Menge, welche bis dahin noch getrost freigesetzt werden soll, bzw. nach den Profitmöglichkeiten, die unter diesem Ziel noch machbar sind. Inzwischen haben Klimawissenschaftler mehrfach gewarnt, dass bei der 2-Grad Latte schon das Abschmelzen der größten Eismassen nicht mehr verhindert, der Ernstfall also nicht mehr abgewendet werden kann. In Afrika würde die Temperatur um mindestens 3,5 Grad steigen mit drastischen Folgen für Wasserversorgung und Nahrungsmittelproduktion, und der Meeresspiegelanstieg würde die flacheren Inseln und Küsten der Welt bereits verschlingen.

Zweitens wird die Treibhausgasreduzierung als Selbstverpflichtung nicht funktionieren. Noch nie hat eine Selbstverpflichtung aus altruistischen oder gemeindienlichen Gründen in diesem Wirtschaftssystem zur Einschränkung von Profit geführt. Der eigene Vorteil ist den Akteuren immer am nächsten, ihr Nächster jedoch, lebt er nun heute im Gangesdelta oder in 30 Jahren auf deutschem Boden, meilenweit entfernt.

Auch das Spiel mit den beiden Zahlen, das Jahr einerseits, bis zu dem man reduziert haben will, und der Prozentsatz, um welchen man reduzieren will, sind reine Vertuschungsmanöver für fehlenden Handlungswillen. Dazu können die jeweiligen Festlegungspunkte völlig willkürlich ausgesucht werden, wie etwa das gewählte Bezugsjahr mit seinen damaligen Emissionsmengen, die Bereiche, die zur geplanten Gesamtbilanz addiert werden dürfen wie beispielsweise Altindustriereste und Land- und Forstwirtschaft oder ob man sich, statt auf historische Daten, auf überhöhte Projektionen beziehen darf, usw.

Kopenhagen hat so geendet, wie Skeptiker es voraus gesehen haben: Nur Spesen bleiben der Welt, und dies als zusätzliche Umweltbelastung. Vor allem gab es edle Worte und erklärte Absichten, um im Volk keinen Zweifel an Handlungswillen aufkommen zu lassen. Manchen Regierungsvertretern sind die drohenden Gefahren bewusst, nicht aber die Dimensionen, um welche eine Reduktion der Emissionen in kürzester Zeit erfolgen muss, um Schlimmstes noch abzuwenden. Andere wollten mit der Teilnahme nur ihr Gesicht wahren und kamen schon mit dem Plan nach Kopenhagen, die CO₂-Emissionen als kurzfristig kostenfreie Subventionierungsmöglichkeit der eigenen Wirtschaft und unverzichtbaren Wachstumsantrieb eigentlich nicht anzutasten.

5.3. Klimagase nicht isoliert behandeln

Zur Erlangung eines positiven Ergebnisses in der globalen Umweltpolitik, das auch als Aufbruch gelten kann, ist es töricht, nur den momentan gerade angesagten Modeschadstoff Kohlendioxid zum Thema zu nehmen.

Neben ihm gibt es ungezählte problematische Stoffe und Eingriffe in Lebensräume, die erhebliche nachteilige Veränderungen an den natürlichen Lebensgrundlagen bewirken und für deren Verursachung ebenfalls die geltende wirtschaftspolitische Dynamik verantwortlich ist. Fast immer ist eine Verursachung dieser Stoffe und Handlungen untrennbar mit der Emission von CO₂ verbunden.

Sei es die Veränderung in der Biosphäre durch die Anreicherung der Atmosphäre mit sonstigen Zivilisationsgasen, sei es die Vermüllung der Welt, von Landschaften und Meeren, sei es die Durchseuchung der Böden weltweit mit Produktionsrückständen oder mit Agrargiften, sei es die Kontaminierung nahezu aller weltweiten Trinkwasserbestände, die Zerstörung traditionell geprägter oder unberührter Räume außerhalb der Industriestaaten durch Rohstoffförderung, die Vernichtung der großen Wälder, die Verarmung der Pflanzen- und Tierwelt usw., alles hängt mehr oder weniger unmittelbar miteinander zusammen und wirkt subtil vernetzt noch in andere Bereiche hinein.

Die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen der Welt haben sich hier, ohne dagegen etwas tun zu können, schwächen lassen. Es kommt einem eine Analogie zur antiken Empfehlung „Teile und herrsche“ in den Sinn, wenn man sieht, wie die Schäden der geltenden Wirtschaftsordnung in kleine Happen zerteilt werden. Die Parlamentarier können erst mal den Hunger in der so genannten dritten Welt bekämpfen und später den Artenschwund, dann, nach ausführlicher Vorbereitung, das Klima und den globalen Finanzmarkt, bei einem Misserfolg vielleicht im nächsten Jahr noch mal, und falls ein anderes unterschwelliges Problem ins Rampenlicht tritt, im Jahr darauf. So wird immer etwas getan und es kann kaum ernster Gegendruck durch NGOs oder eine starke Gegenbewegung aus der Bevölkerung aufkommen.

Wir sollten erkennen: Das Kohlendioxid können wir allenfalls als Symbol der Zukunftsvernichtung ansehen, jedoch nicht alleine bekämpfen. Ob wir wollen oder nicht, wir müssen alles zugleich als Aufgabe nehmen.

5.4. Konsumverzicht, - von unverzichtbar bis entbehrlich

Es ist nicht wahr, dass die Konsumintensität der Menschen in den Industriestaaten unter der gegenwärtigen Art zu wirtschaften auch nur annähernd beibehalten werden kann.

Auch wenn wir noch so viele Biowaren, Hybridautos, umwelttechnologische Anlagen und sonstige nachhaltigere Produktalternativen einführen, um unseren Alltag-der-vielen-Dinge zu begrünen:

Auch diese tragen einen lediglich etwas kleineren ökologischen Rucksack und externalisieren noch Schäden in die Zukunft. Wir verlangsamen damit nur den fatalen Prozess, aber kehren ihn nicht um.

Wollten wir wirklich in dem uns noch bleibenden kurzen Zeitfenster die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen stoppen, müssten wir generell den Verbrauch von Rohstoffen und Energie und damit also die Verursachung von Schadstoffen und Schädigungen radikal eindämmen, also schlicht und ergreifend viel weniger Waren produzieren und konsumieren, als wir es heute tun.

Ein bloßer Ersatz bestehender Gewohnheiten reicht bei weitem nicht aus. Auch wenn dies für manche hart klingt: Als Sofortmaßnahme wäre in erster Linie Verzicht angesagt, Verzicht auf Konsum, Dienstleistungen, Reisen, Komfort, eben auf alles, was mit seinen nebenbei externalisierten Schäden die Lage weiter verschlimmert.

Dies allerdings liefe dem Wachstumspostulat der gängigen ökonomischen Ideologie, wie auch den Profitaussichten nicht nur der produzierenden Unternehmen direkt zuwider. Innerhalb der Grenzen des geltenden Wirtschaftssystems würde ohne einen entsprechenden Ersatz auch die Arbeitslosigkeit stark steigen. So kommt es zum täglichen Phänomen, wo einerseits über Werbung, in Medien, in politischen Statements, ja in der ganzen Tageswirklichkeit des Durchschnittsbürgers mehr Konsum gepriesen und gepredigt wird, andererseits aber keinerlei umfassender Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen voran kommt.

Nebenbei gesagt: Die Empfehlung „weniger ist mehr“, also die Feststellung, dass weniger Konsum mehr Lebensqualität bringt, bekommt hier zusätzlich auch eine nüchterne ökonomische Begründung.

Momentan wird in der Öffentlichkeit fast ausschließlich über marginale Energieeinsparung und Ersatz herkömmlicher Energieträger durch regenerative gesprochen. Dabei fällt unter den Tisch, dass es mindestens ebenso wichtig ist, den Verbrauch von Stoffen zu reduzieren. Von deren Gewinnung bis zur letztendlichen Verwendung in einem Konsumprodukt ist ein langer und sehr belastender Bereitstellungsweg zu beschreiten, welcher enorme Mengen an Energie verbraucht und gigantisch viel Abfall hinterlässt.

Zur Änderung der Konsumintensität muss also auch eine Änderung der Produktqualität kommen. Für eine neue, eine nachhaltige Normalität beim Konsum bräuchten wir ausschließlich Waren, die kaum Produktionsabfall erzeugen und so gut wie keine neuen Rohstoffe verbrauchen, die mit regenerativ erzeugter technischer Energie auskommen, die wenig Transporte über weite Strecken verlangen

sondern dezentral und regional hergestellt werden, die sich auf die umweltfreundliche Menschenkraft als Hauptarbeitsenergie stützen, die intelligenteste Technologien beinhalten und für höchste Materialeffizienz und Energiebewahrung stehen und deren Konstruktion und Zusammensetzung ein vollständiges, belastungsfreies und die Stoffqualität, wie die -quantität erhaltendes Recycling erlauben.

Sollten solche vollständig unbedenklichen Dinge und Verfahren den Markt einmal beherrschen und die gegenwärtig noch üblichen vorökologischen Konsumprodukte verschwunden sein, besteht auch für die Quantitätsfrage eine völlig andere Basis.

Wie die Biosphäre es uns vormacht, kommt es bei der Produktion nicht auf irgendeine subjektive Effizienz an sondern auf die Effektivität des Ganzen. Wenn die Natur an so vielen Stellen verschwenderisch wird, dann immer unter der Voraussetzung, dass nichts VERbraucht wird. Alles Beteiligte wird nur GEbraucht, ohne den geringsten Rückstand oder Schaden zu hinterlassen. Verzicht ist also kein umweltpolitisches Dogma, sondern wichtigster Bestandteil eines unverzichtbaren Rettungsprozesses aus der gegenwärtigen Lage heraus. Effizienz ist ein lebensfeindlicher Begriff der verbrauchenden Ökonomie, während Effektivität im umfassenden Sinne als ein Motto der zukünftigen Ökonomie gelten kann. Insofern ist es durchaus vorstellbar ja logisch, dass in ihr auch wieder mehr Quantität beim Konsum vertretbar wird.

5.5. Der überfällige Abschied vom Wirtschaftssystem

Tatsache ist, dass wir ein gewaltiges Verbrechen an der Zukunft verüben, um unseren zweifelhaften, überwiegend quantitativen Wohlstand zu organisieren. Wir leisten uns eine ökonomische Ordnung, welche nur mit massiven Subventionen in Form von Schadensabwälzung auf die Allgemeinheit und die nachfolgenden Generationen funktioniert.

Darüber hinaus müssen diese Subventionen immer weiter gesteigert werden, weil Externalisierungsfolgen aus der Verantwortung der letzten Jahrzehnte uns jetzt einholen und zu Kosten werden.

Plausibel erscheint der Öffentlichkeit dies bisher nur bei der finanziellen Verschuldung, wo die Neuschulden in der Regel schon für die Zinsen und Zinseszinsen der Altschulden drauf gehen. Jedoch auch alle anderen Formen von Schadkostenanhäufung sind ebenso absurd und bremsen unsere Gesellschaft allmählich aus. Auf sämtlichen Ebenen wird der Berg, welchen wir auf dem Weg in die Zukunft vor uns her schieben müssen, immer massiger. So muss es dazu kommen, dass schließlich jegliche Normalität im Alltag vom herangezüchteten Generalbankrott weitgehend gelähmt sein wird. Und diese Situation ließe sich auch nicht mit einer fingierten Hyperinflation lösen. Wir, das heißt hauptsächlich unsere Nachkommen, müssten sie durchleben, viele Jahrzehnte lang und unter Umständen noch erheblich länger.

In den Medien wird von verschiedenen Leuten mittlerweile immer öfter die Abkehr vom Wachstumsdenken gefordert. Meist wird hier jedoch angenommen, dass Wachstum früher einmal eindeutig positiv gewirkt hat und nun eben nicht mehr zeitgemäß sei. Dies ist eine Vereinfachung und ein Irrtum.

Wirtschaftswachstum hat verschiedenste Aspekte. Man muss streng zwischen seinen quantitativen und qualitativen Wirkungen unterscheiden. Findet es statt, um eine Mangelsituation zu beheben, gewissermaßen eine Versorgungsleere aufzufüllen, erscheint Wachstum sicherlich legitim. Oder wächst die Bevölkerung, ist auch ein parallel dazu geschehendes Wachstum nachvollziehbar. Bis hierhin stimmt auch die Behauptung „Wachstum schafft Arbeit“ noch weitgehend.

Doch auch dazu muss man fragen: Wächst nur das Nützliche oder wächst alles Mögliche, also auch kurz- bis längerfristig negative Prozesse und Effekte, die der Gesellschaft zur Belastung werden? Unbestreitbar ist, dass Prozesse in Produktion und Dienstleistung, welche zu Wachstum führen, bis heute immer mit einer mehr oder weniger ausgedehnten Verursachung und Externalisierung von Schadkosten verschiedenster Art verbunden sind. Die Möglichkeit zur Abwälzung dieser faktischen Kosten auf die Allgemeinheit muss als ein Produktionsfaktor gesehen werden, neben anderen anerkannten und definierten Produktionsfaktoren, allerdings in einer Sonderstellung. Der Externalisierungsfaktor ist in den letzten Jahrzehnten neben den klassischen Produktionsfaktoren Arbeit, Boden, Kapital immer häufiger genutzt worden, um Gewinne zu erwirtschaften, also um Wachstum zu steigern. Obwohl der inzwischen meist alles entscheidende Faktor, ist er bis heute ein heimlicher und in der Öffentlichkeit kaum genannter Faktor geblieben.

Auch vor Jahrzehnten schon hat die westliche Ökonomie diesen Produktionsfaktor genutzt, wenn auch nicht in der heutigen Dimension, und vor allem nicht, so wie es heute ist, unter der Last einer gewaltigen Bugwelle aus Externalisierungsfolgen vergangener Jahre. In den Anfängen der Bundesrepublik beispielsweise, in einer von universalem Mangel gekennzeichneten Nachkriegszeit, hat Wirtschaftswachstum zweifellos geholfen, einen Wohlstand an Grundbedürfnissen zu schaffen. Man darf aber nicht vergessen, dass damalige Produktions- und Dienstleistungsarten noch sehr stark auf regionale und gewachsene rohstoffliche und arbeitskrafttechnische Verhältnisse aufbaute, im Grunde also als eher nachhaltig bezeichnet werden können, als es heute ist. Ebenso war die ökologische Stabilität damals noch weitgehend vorhanden und konnte ungeheuer viel verkraften. Zwei Jahrzehnte lang bis Mitte der 1960er ist kaum jemandem eine Verschlechterung an der Umwelt aufgefallen. Auch im sozialen Bereich bestand vor 4 oder 5 Jahrzehnten ein sehr viel größeres Potential zu internen und individuellen Kompensationen und Lösungen, begünstigt von bescheidenen Ansprüchen, stabilen Gemeinschaftsstrukturen und vielfältiger Beschäftigungslandschaft. Diese Eigenarten der Epoche, wie auch alle anderen außerökonomischen und gewachsenen Eigenarten der früheren Zeit, dämpften die unangenehmen Seiten des Wachstums viele Jahre lang ab, bis sie schließlich selbst verbraucht oder ersetzt waren. Insgesamt aber hat die Idealisierung von quantitativem Wirtschaftswachstum immer schon auf Selbsttäuschung basiert, waren Erfolge immer schon nur auf Pump zu haben und lediglich eine Seite der Medaille.

Wenn also jemand sagt, das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahrzehnte hätte uns viel Wohlstand beschert und Not beseitigt, so muss man ihm entgegenen: Mittels eines nachhaltigen Wirtschaftssystems mit den Schwerpunkten Bewahrung und Qualität hätte man dies auch geschafft, vielleicht etwas langsamer, aber dafür unter Vermeidung der jetzt anbrechenden schweren Zeit. Da wir nun entwickeln MÜSSEN, was wir besser vor 50 Jahren eingeführt hätten, ist die Zeit der bald endenden ökonomischen Gegenwartsordnung eine verlorene Zeit. - Vernichtender kann ein Urteil gar nicht ausfallen!

Kanzlerin Angela Merkel sagte kürzlich noch, wir bräuchten jetzt „Wachstum, Wachstum, Wachstum!“, um aus der Wirtschaftskrise wieder heraus zu kommen. Diese Forderung ist nicht nur ein Offenbarungseid, sondern auch eine ernsthafte Drohung an die Adresse der nachfolgenden Generationen. Frau Merkel und ihre Regierungstruppe bemühen sich, bildlich gesprochen, eifrig, den vergifteten Patienten auf der Intensivstation durch weitere Verabreichung des gleichen Gifts wieder gesund zu machen.

Immer noch glauben Politiker veralteten Bewusstseins an die Illusion, dass Wirtschaftswachstum vom Ressourcen- und Energieverbrauch entkoppelt werden könne, ohne die Rahmenbedingungen hierzu fundamental zu ändern. Seit uns dies Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftseliten erzählen, also schon seit Anfang der 1970er Jahre, als die Grenzen des Wachstums spätestens beim Erscheinen des gleichnamigen Buchs deutlich wurden, haben Politiker also nichts hinzulernt.

Wir brauchen hierzu dringend einen Bewusstseinswandel, angefangen bei der Verwendung des Begriffes Wachstum in der Öffentlichkeit. Jene, die dieses Wort derzeit am häufigsten in den Mund nehmen, sind nicht bereit zu differenzieren oder wollen den Anschein wirtschaftspolitischer Kompetenz erwecken. Ihre Definition meint Wirtschaftswachstum rein quantitativ, denn wirklich qualitatives Wachstum ist im geltenden System alles andere als profitabel. Wirtschaftswachstum im heutigen Sinne wirkt letztlich nur zerstörerisch. Seine Befürworter sind im Grunde eine Gefahr für die Gesellschaft, wie für unsere eigenen Kinder.

5.6. Kapitalismus ist keine Marktwirtschaft

Uns, den Bürgern dieses Planeten, bleibt nur, der fatalen Dynamik über unseren Köpfen insgesamt die Grundlage zu entziehen, also die derzeit gültige wirtschaftspolitische Ideologie durch ein nachhaltiges Wirtschaftssystem zu ersetzen. Dies wäre fürwahr eine Kopernikanische Wende für die Weltgesellschaft, und wie Kopernikus damals, steht dem auch heute ein mächtiger Gegner gegenüber, der an seinem Glauben festhalten und bestehende Strukturen nicht grundlegend verändern will. Doch kein Weg geht daran vorbei. Kopenhagen war ein weiterer Beweis dafür, dass bestehende Dogmen verkrustet und zugehörige Institutionen handlungsunfähig sind. Deren wirtschaftstheoretische Glaubenssätze sind bei unbefangener Sicht sehr angreifbar, wie in der knappen Analyse oben gezeigt

wurde.

Andererseits werden aus der Kritik neue Kriterien sichtbar, die Hauptmerkmale einer neuen nachhaltigen Wirtschaftsweise sein müssten. Statt weiter nur auf Umweltpolitik oder andere Symptombehandlungen zu hoffen, sollten wir dieser neuen Ökonomie ein Gesicht geben. Wie könnte man die gesuchte Ökonomie benennen?

Wirtschaftstheoretisch besehen müssen wir doch feststellen: Die herrschende ökonomische Ordnung ist keine Marktwirtschaft, auch wenn diese Aussage befremdlich klingt. In einer Marktwirtschaft sind die verschiedensten Nutzungen des heimlichen Produktionsfaktors Externalisierung schon per Definition nicht zulässig, weil es sich dabei um Subventionierungen, ja ständig und eigenmächtig steigerbare Dauersubventionierungen handelt. In einer Marktwirtschaft kann sich ein gesellschaftsdienliches Optimum durch Angebot und Nachfrage nur bilden, wenn alle erdenklichen Kosten einer jeglichen Produktion und Dienstleistung, die konventionell unternehmerischen, wie natürlich auch die jetzt noch ausgelagerten gesellschaftlichen, in den Preis des jeweiligen Endprodukts einfließen.

Genau dies unterbindet die derzeitige kapitalistische Wirtschaftsform. In ihr herrscht nicht Freiheit, außer der Freiheit zu legitimiertem Diebstahl und Ausbeutung, in ihr herrscht vor allem Planung. Geplant wird der Erhalt der großen Wirtschaftsstrukturen, und geplant werden die Gewinne der Aktieneigner wie die Gehälter der Konzernführer. Geplant werden neue Profitmöglichkeiten mittels suggestiver Werbung und sonstiger Bewusstseinsintervention, die eigenwillige und selbstdienliche Interpretation von Wettbewerb, die Beeinflussung der Parlamentarier, die Dummheit der Konsumenten wie die Schwachheit der Rohstoffländer, usw., usw.

Auch deshalb sollten wir den Begriff Marktwirtschaft nicht weiter verunglimpfen und das geltende ökonomische System in Zukunft treffender als „Kapitalistische Planwirtschaft“ bezeichnen. Die Bezeichnung Marktwirtschaft, so hat es den Anschein, trägt die kapitalistische Planwirtschaft lediglich zur Täuschung der Parlamentarier und der Öffentlichkeit; ja und den meisten ihrer Protagonisten, so muss man gerechterweise noch hinzufügen, ist dieser entscheidende und folgenschwere Unterschied zwischen beiden Systemen gar nicht mal bewusst.

6. Kriterien eines nachhaltigen Wirtschaftssystems

Eine Marktwirtschaft, die den Namen verdient, muss ohne Raub und Ausbeutung der Allgemeinheit und unserer Nachkommen in Form von Schadensabwälzung und Megaverschuldung existieren können. Jegliche Möglichkeit zur Externalisierung auf Dritte muss in ihrer Definition von vorneherein ausgeschlossen sein.

Alle denkbaren Schadkosten müssen ermittelt und in den Preis jedes Produkts individuell eingerechnet werden. Die Marktwirtschaft in diesem kategorischen Sinne wäre vollautomatisch nachhaltig, dauerhaft sozial, schuldenfrei und im tiefsten Sinne friedenspolitisch aktiv.

Wollte man beschreiben, was durch eine vollständige Schadkosteninternalisierung in die Preise passiert, muss zwischen verschiedenen Phasen unterschieden werden.

6.1.

Die **Verhältnisse in einer bereits funktionierenden Kategorischen Marktwirtschaft** lassen sich relativ leicht vorstellen. Je stärker Waren und Dienstleistungen vorher unter Ausnutzung von Externalisierungsvorteilen zustande gekommen waren, desto mehr verteuerten sich diese durch die nunmehr in den Preisen steckenden Internalisierungsanteile. Fossile Energieträger beispielsweise kosteten mindestens das vierfache gegenüber heute, Strom aus ihnen ca. das zwölfwache. Manche Waren stiegen dadurch derart stark im Preis, dass die Nachfrage nahezu zum Erliegen kommen würde. Waren mit weniger Externalisierungsanteil erhielten einen geringeren Internalisierungsaufschlag. Etliche Waren, die beispielsweise jetzt schon mit wenig Transportaufwand, geringem Primärenergieeinsatz oder aus nachwachsenden Rohstoffen produziert werden, würden sich nur gering verteuern.

Eine neue Gruppe von Angeboten würde in unseren Alltag einziehen. Es wären entweder solche Waren und Dienstleistungen, die es in früheren Zeiten schon mal gegeben hat, die heute aber vom Markt verschwunden sind, oder aber auch völlig neue Produkte. Gemeinsam wäre ihnen, dass sie sich sehr stark auf den Faktor menschliche Arbeitskraft stützten, regionale Rohstoffe nutzten, rein dezentral orientiert wären, dass sie reparieren und erhalten, also Abfallaufkommen, Ressourcen- und

Energieeinsatz vermeiden, dass sie unmittelbar soziale, zwischenmenschliche Bereiche ausfüllen, usw. Von Einpersonunternehmen im Dienstleistungs-, Handwerks oder Sozialbereich bis hin zu mittleren Manufakturen, Baufirmen oder Energie- und Nahrungsmittelproduzenten, gestützt auf örtliche Standortfaktoren, Rohstoffe und Absatzmöglichkeiten, ist hier alles denkbar.

Die heute üblichen Produkte und Dienstleistungen würden einen Wandel in ihrem Bereitstellungsweg erfahren, und zwar relativ schnell, weil die jeweiligen Unternehmer aus purem Eigeninteresse die Kosten der nun neu gemischten Palette von Produktionskosten senken wollten. Sie müssten sich auf die höchst mögliche gesellschaftliche Verträglichkeit ihrer Produkte fixieren, weil genau dies den günstigsten Preis ergäbe. Weniger Rohstoffeinsatz, Gesamttransportaufwand und Energieverbrauch, dafür mehr menschliche Arbeitskraft und Qualität wären keine beliebigen oder eventuellen Entscheidungen, sondern die Grundvoraussetzung, um Gewinne zu machen.

Aber auch mittelbare problematische Faktoren ließen sich mit dem Internalisierungsinstrument steuern. Sämtliche Schädigungen, Beeinträchtigungen, Eingriffe oder sonstige Aktivitäten des Menschen überall auf der Welt sind mit irgendwelchen Preisen oder Kosten verbunden, in welche sich die negativen Folgen integrieren ließen. Wenn diese negativen Folgen schwerwiegender sind als der vordergründige Nutzen der Handlung, lässt sich damit die Sache schlichtweg unrentabel machen, so dass sie der Gesellschaft von vorneherein erspart bleibt.

Neben dem Verbrauch von Rohstoffen und Energie und den dadurch entstehenden Emissionen ganz allgemein, könnte man damit auch ganz andere Aktivitäten in verträgliche Bahnen lenken, bzw. effektiver verhindern. Beispielsweise wären dies geplante Eingriffe in die Landschaft etwa durch Straßen- und Flughafenausbau, Erschließungen neuer Siedlungs- und Gewerbeflächen, Einsatz von chemischen Stoffen in der konventionellen Landwirtschaft, Zentralisierungen, Produktionsstättenverlagerungen, usw. Global betrachtet könnte man nennen: Förderungen von Großprojekten in Drittweltländern, Bürgschaften, konservative „Entwicklungspolitik“ generell und Beeinträchtigung fremder Märkte oder auch beispielsweise die Hochseefischerei.

6.2.

Die Übergangszeit aus dem jetzigen Wirtschaftsalltag in die Kategorische Marktwirtschaft ist schon etwas schwieriger zu organisieren. Es bedarf dazu einiger vorübergehender Regelungen und Instrumente.

Das wichtigste davon ist dieses: Damit die Bevölkerung die zum Teil enormen Verteuerungen verkraften könnte, müssten die Internalisierungseinnahmen wieder an die Bundesbürger ausgezahlt werden, jedoch nicht so wie sie eingenommen wurden, sondern in Form eines vorübergehenden garantierten Mindesteinkommens, einer Negativsteuer in gleicher Höhe für alle.

Rechnet man hier nur das Aufkommen gegenüber den ökologischen Schadkosten, könnte jeder Mensch in Deutschland, ob arm oder reich, jung oder alt zu Anfang 400 Euro monatlich bekommen. Mit diesem Geld würde sozusagen der marktwirtschaftliche Mechanismus geschmiert werden, der die Gesellschaft aus der kapitalistischen Planwirtschaft heraus führt.

Gewissermaßen würden also die Internalisierungseinnahmen dazu verwendet, um den Grund für ihre Erhebung abzuschaffen.

Untere bis mittlere Einkommensgruppen und Familien würden davon finanziell erheblich profitieren, weil sie unterm Strich mehr bekämen, als die Warenverteuerung ihnen nimmt.

Eine gigantische Nachfrage nach externalisierungsarmen, weil dann preisgünstigen, Waren und Dienstleistungen würde den marktwirtschaftlichen Prozess befeuern. Die Unternehmer könnten in der Bereitstellung nachhaltiger Produkte unbedroht vom Damoklesschwert gegenwärtiger ökonomischer und politischer Verzerrungen in die einzig richtige Richtung durchstarten.

Die wohlhabenderen Bevölkerungsschichten würden ebenfalls die 400 Euro bekommen. Ihre Belastungen lägen aber recht hoch, weil sie einen höheren Konsumstandard pflegen und mehr Besitz haben, der laufende Kosten verursacht. Sie wären gezwungen, ihr Kapital zur Sanierung all ihrer Angelegenheiten einzusetzen.

Selbstverständlich würde mit den marktwirtschaftlich errungenen Fortschritten durch Änderungen in der Produkt- und Dienstleistungslandschaft der Externalisierungsanteil unserer Volkswirtschaft bald abnehmen und somit auch die Summe der Internalisierungseinnahmen. Folglich würden sich die monatlich an die Bundesbürger auszahlabaren Beträge immer weiter reduzieren. Parallel zum Absenken des Mindesteinkommens würde jedoch auch die Palette der externalisierungsarmen Waren und

Dienstleistungen mit wenig Preisaufschlag zunehmen, wie natürlich auch das Arbeitsplatzangebot und dessen neue Vielfalt.

Die Kategorische Marktwirtschaft ermöglichte uns eine längst vergessene und für utopisch gehaltene Perspektive: Vollbeschäftigung, und damit auch die Begrenzung unseres Sozialsystems auf seinen ursprünglichen Sinn, nämlich den Schwachen der Gesellschaft, jungen Menschen, Kranken und Alten einen Mindestlebensstandard und eine Mindestsicherheit zu ermöglichen.

Dieses wiederum ermöglichte uns, dreistellige Milliardenbeträge pro Jahr einzusparen, bzw. neu einzunehmen und damit endlich menschen-, gesellschafts- und zukunftsdienliche Investitionen zu tätigen.

6.3.

Eine **vierte Verfassungsgewalt** müsste begründet und eingerichtet werden, die wie das Bundesverfassungsgericht der Regierung gegenüber weisungsberechtigt ist.

Als unsere Verfassungsväter die Rolle des Bundesverfassungsgerichts festlegten, war ihnen die Unfähigkeit der Politik bewusst, selbst und dauerhaft die Grundlagen unseres Rechtsstaats und unserer Demokratie, also die rechtlichen Lebensgrundlagen zu bewahren.

Fest steht mittlerweile: Die Politik ist ebenfalls nicht fähig die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Hier brauchen wir nun zu Beginn des 21sten Jahrhunderts einen weiteren, längst überfälligen öffentlichen Bewusstseinswandel: Wir brauchen eine weitere Schutz- und Verfassungsinstitution als unverzichtbare Grundlage unserer modernen Gesellschaft.

Diese bewahrende oder feststellende Gewalt könnte aus unabhängigen Wissenschaftlern, Vertretern anerkannter Organisationen und überparteiischen Einzelpersonen zusammengesetzt und parallel zu den Parlamenten gewählt oder von Hochschulen, Organisationen und Instituten bestimmt werden. Ihre Aufgabe wäre es, in der ersten Übergangszeit die Externalisierungsanteile aller Produkte und Dienstleistungen, etwa durch die Vergabe von Studienaufträgen an unabhängige wissenschaftliche Institute und Universitäten, zu erfassen.

Dazu müssten Gesamtschadenssummen errechnet werden, die dann auf die jeweils beteiligten Faktoren zurückgeführt werden könnten. Sobald beispielsweise Energieträger und Rohstoffe ins Land importiert werden, ist die vollständige Internalisierungsabgabe für alle bis zur Staatsgrenze bereits aufgeworfenen Belastungen, sowie für die noch folgenden, fällig. Zu nennen sind hier etwa Förderung, Abbau, Erschließungsfolgen nahe der Rohstoffquellen, Transportkosten, Transport- und Havarieversicherungen, usw., die potentiellen Belastungen ab der Grenze bis zum Verbrennen, letzten Verwerten oder abschließenden Beseitigen, sowie ein Ausgleich eventueller Beeinträchtigungen auf sozialer und politischer Ebene. Den individuellen, endgültigen Internalisierungsaufschlag auf den Preis eines jeden Produkts würden die Produzenten und Importeure ganz von selbst aufaddieren, je nach dem, welche weiteren Kosten im Verlauf eines jeden Herstellungswegs zur Gesamtproduktbilanz noch dazu kämen.

Darüber hinaus müsste die vierte Gewalt begleitende Regeln entwerfen, beispielsweise, dass Hausbesitzer die erfolgende Heizkostenerhöhung nur zum Teil auf die Mieter abwälzen könnten, dass angemessene Pfandbeträge und Verwertungsboni auf jeglichen Abfall eingeführt würden, dass radikal vereinfachte Steuerregeln für untere Einkommensgruppen gelten, usw., aber auch, dass unverzichtbare Institutionen wie etwa Krankenhäuser, Polizei, Altenversorgung oder Lebensmittelhandel bei Bedarf großzügigere Bedingungen für die Umstellung bekommen. Im gerade aktuellen Bankenbereich etwa, müssten spezielle Internalisierungsabgaben eingeführt werden. Eine müsste die Größe des Geldinstituts effektiv auf einen Geschäftsumfang begrenzen, unter welchem man die Bank ohne besonderen gesellschaftlichen Schaden bei Misswirtschaft auch pleite gehen lassen könnte. Eine zweite Art von Abgabe müsste auf die Art der Geschäfte zielen, die klassischen Bereiche, wie das Führen von Spar- und Girokonten und die Kreditvergabe schonen, aber die spekulativen Investmentbereiche mittels Risikointegration in die Preise verteuern.

Hinzu kämen eine Vielzahl von speziellen Aufgaben, wie eine Erfassung krankmachenden Potentials von Produkten allgemein oder der gesellschaftlichen Folgen aus der Giftigkeit verarbeiteter Materialien, eine langfristige Folgenabschätzung von Landnutzung, und Umsetzung der Ergebnisse in Form von Internalisierungsaufschlägen auf den jeweiligen Quadratmeterpreis, Abschaffung und Umkehrung von Mengenrabatten auf existentielle Produkte wie etwa Trinkwasser, Erfassung und

Internalisierung der gesellschaftlichen Schadkosten des Zinssystems, usw.

Aber auch der Aufbau eines internationalen Sozialsystems für Staaten ist geboten. Weil Rohstoffe und fossile Energieträger mit der Zeit immer weniger gefragt würden, fiel eine Einnahmequelle, in vielen Fällen aber auch Belastungen für ärmere Länder allmählich weg. Als Ausgleich, ja gar zum Aufbau eines endlich stabilen Zustands der Welt, könnte ein neuartiges, uneigennützig orientiertes Instrument globaler Verteilung und Hilfe zur Selbsthilfe hier den relativen Wohlstand und weitestmögliche Eigenständigkeit aller Staaten herbei führen. Über ethische und humanitäre Gründe hinaus ließe sich dies ganz nüchtern ökonomisch begründen: Die reichen Länder müssen jetzt dafür sorgen, dass ihnen in der Zukunft keine politischen Schadkosten durch internationale Konflikte entstehen.

Langfristig sollte diese vierte Gewalt alle zukünftigen Prozesse und Vorhaben in Wirtschaft und Politik auf ihre Vereinbarkeit mit den natürlichen Lebensgrundlagen und auf mögliche Beeinträchtigungen sonstiger gesellschaftsrelevanter Bereiche überprüfen. Notfalls müssen bedenkliche Pläne gekippt werden können, so wie das Bundesverfassungsgericht verfassungsunverträgliche Gesetze kippt.

7. Eine konkrete Perspektive

Eine kategorische Marktwirtschaft würde, global gesehen, einen Sog in die entgegengesetzte Richtung, als Kanzlerin Merkel es befürchtet, bewirken. Die Annahme, ein Alleingang Deutschlands beim Klimaschutz sei mit beträchtlichen Nachteilen für das Exportgeschäft und die Arbeitsplätze im Inland verbunden, wäre bei anders gewichteten ökonomischen Spielregeln hinfällig. Allen importierten Waren ließe sich der zukunftsprospektivisch unfaire Wettbewerbsvorteil des zu kleinen im Preis widerspiegelten gesellschaftlichen Rucksacks mittels eines individuellen Internalisierungsaufschlags nehmen, wie er auch bei allen inländischen Vergleichsprodukten erfolgt ist. Zusätzlich würden Produkte aus dem Ausland mit einem höheren Ausgleich für den weiten Transport belastet. Dieses wäre kein Protektionismus, sondern könnte nachvollziehbar ökonomisch begründet werden.

Der größte Nachteil der Kategorischen Marktwirtschaft ist kein absoluter, sondern ein relativer. Ein einzelner Staat mit dem neuen Wirtschaftssystem hätte sehr stark mit dem Schmuggel aller beweglichen Dinge aus dem billigeren Ausland zu kämpfen, was die Effektivität entscheidend beeinträchtigen könnte.

Sehr wichtig wäre es deshalb, wenn nicht Deutschland alleine, sondern eine Gruppe benachbarter europäischer Staaten mit der Einführung einer externalisierungsfreien, völlig neuen ökonomischen Basis den Anfang machen würde. Der Klimaschutz könnte sofort beginnen und nähme eine entschiedene Eigendynamik, ohne dass Politiker irgendwelche zweifelhaften und unhaltbaren Klimaschutzziele verhandeln müssten. Die Vorreiter würden zu Richtungsweisern, die Zauderer wie die USA oder China müssten mitansehen, wie die Produkte und Dienstleistungsstrukturen der Zukunft hier entwickelt würden. Es dauerte nicht lange und sie müssten, vor allem aus dringendem Eigeninteresse, die entscheidenden neuen Weichenstellungen auch im eigenen Land einführen.

Es gibt also eine konkrete Perspektive, und sie wäre wie der Sprung ins kalte Wasser. Wollen wir so etwas wagen? Oder ist die gegenwärtige bedrohliche Stagnation eine akzeptable Alternative?

Zunächst ist sicherlich eine öffentliche Diskussion von Nöten.

Viele Detailfragen, welche die hier erfolgte Skizzierung aufwirft, müssten beantwortet werden. Wie soll man vorgehen? Welche Rolle muss oder darf man der Politik dabei zubilligen? Ein Übergang in eine völlig neue Art zu wirtschaften ist mit einer Durststrecke verbunden. Wie lässt diese sich möglichst glimpflich organisieren? Wie lassen sich möglichst viele Staaten überzeugen und schon früh mit ins Boot holen? – Vor solchen Fragen endet dieses Essay und muss sie offen lassen.

Was wir alle jetzt schon tun könnten wäre, unseren Wortschatz zu ändern. Den Begriff Marktwirtschaft sollten wir nicht mehr für die gegenwärtig herrschende Ökonomie verwenden. Dies ist Etikettenschwindel, von dem die Nutznießer der kapitalistischen Planwirtschaft nur profitieren. Marktwirtschaft muss vielmehr im oben beschriebenen kategorischen Sinne als neue Chance, als gemeinsames Ziel verstanden werden.

Vielleicht, wenn wir nicht nur die afrikanischen, pazifischen oder sonstigen fernen Opfer des

Klimawandels berücksichtigen, sondern auch und vor allem unsere eigenen Kinder und Kindeskinde von weit mehr als nur von Klimagasen dauerhaft und elementar in ihrem zukünftigen Dasein Beeinträchtigte anerkennen, wird unsere Empörung zum Handlungsanreiz. Und weil die Zeitspannen zwischen Schadensexternalisierung und dem unumgänglichen Zahltermin dafür immer kürzer werden, sind wir bald selbst die Generation, die unmittelbar an den Folgen ihres eigenen ökonomischen Wahnsinns erstickt.

Nicht nur das CO₂-Problem schreit nach einer echten und baldigen Lösung. Es ist unsere gesamte gegenwärtige Alltagsnormalität, die wir gewissermaßen wie einen Mantel, der Feuer gefangen hat, ablegen müssen. Wir sollten unverzüglich mit dem Entwerfen eines neuen beginnen.

(Carl Christian Rheinländer sen. für Zukunftslobby e.V.)